

das die Million geflohen war. Die plötzliche Kapitulation kam wie ein herabwürdigender Schlag für die Bewegung. Es war ein Zusammenbruch der Zeitung unter dem Druck der Regierung. Die Regierung hatte durch die Gerichte gegen den Generalstreik für geschändet erklärt und dadurch jeden Gewerkschaftsbeamten persönlich dafür haftbar machen lassen. Die Regierung hatte Verfügungen erlassen, die die Umkehrung von Arbeitsverträgen mit Ausnahme der Besatzung unmöglich machen sollten. Man drohte mit der Beschlagnahme der Gewerkschaftsleiter und der Einführung einer neuen Gewerkschaftsregelung. Die bemalten Streiktrübe der Regierung wurden in provisorischer Weise in den Straßen von London zur Schau gebracht. Die reformistischen Gewerkschaftsführer waren bereit, eher jede Demütigung zu ertragen, als die unbedingten Möglichkeiten einer Fortführung des Kampfes ins Auge zu fassen.

Dieser Zusammenbruch ist das letzte Stadium des alten wirtschaftlichen Klassenkampfes, wie er in Großbritannien geführt wurde und in diesem Generalstreik seinen Höhepunkt erreichte. Mit diesem Generalstreik trat die gewerkschaftliche Kampfweise überleben ihren höchsten Punkt erreicht und kann nicht weitergehen. Die Arbeiter befinden sich jetzt Auge in Auge mit den geschlossenen und bemalten Kräften des Staates. Der Kampf kann nur als unmittelbar politischer revolutionärer Kampf gegen den Staat fortgeführt werden.

Die Regierung wird sich jetzt bemühen, ihren Sieg auszunutzen, um das schmerzhafte Regime der Repressalien durchzuführen, solange die Stellung einer ungeführten losgerissenen Mehrheit im Parlament genügt und sie hofft, die Opposition in den Gewerkschaften zerrüttert zu haben. Es ist jetzt eine neue Gewerkschaftsregulierung zu erwarten, die die Rechte der Gewerkschaften einschränkt, ihre geschlossene Immunität beseitigt und jeglichen Recht einer Überholung des Generalstreiks sofort strafbar machen soll. Die Privatunternehmer werden ähnliche Schritte unternehmen, um ihren Arbeiter zu entzweien aufzulösen und weiteren Gewinn zu nehmen an irgendeiner Generalstreik-Unterbrechung. Es ist bemerkenswert, daß die Unternehmern im Zeitungsgewerbe bereits trauen, dies zu tun, und unternehmerische Kerne von ihren Angestellten fordern, worin diese jedes Wort aufgeben, wegen des Inhalts des zu druckenden Blattes in Streit zu treten.

Im internationalen Maßstab wird gleichfalls periodisch, wenn ein solches in der Welt der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiter Weltweit werden immer Anstöße auf ihre Behauptung und auf ihre Organisationsrechte abwehren haben; der Druck von Vorne und von Hinten wird wieder aufgenommen werden, die Unterdrückung der Kolonien, der Krieg in Marokko und der Krieg in China werden fortgesetzt und gesteigert werden. Die Arbeiter haben daher vor schweren und heftigen Kämpfen zu erwarten, die Arbeit in der Arbeiterwelt können nicht gelindert werden. Die Weichen der Arbeiter müssen ohne Verzug wieder geschlossen werden.

Die englischen Reformisten verbieten die Diskussion der Erfahrungen des Generalstreiks

Einige des unerbittlichen Unternehmerrates, der nach dem Ende des Generalstreiks mit seinen Maßnahmen einsetzte und infolge der Ausweitung des Reparaturstreiks auf die Nebenbetriebe, hat sich die Zahl der Arbeitlosen in England um eine Million vermehrt. Rechte Elemente innerhalb der Reparaturführung betonen einen großen Vorzug gegen Gott vor und wollen erreichen, daß die Arbeit in den Nebenbetrieben wieder aufgenommen wird und Wohnverhältnisse etc., nachdem das Lohnniveau die Löhne und die Rentabilität der einzelnen Betriebe gestiegen und seine Entlohnung gestiegen ist, in Kraft treten. Die Regierung drängt auf Beilegung des Reparaturstreiks, die die Arbeiterrechte der Eisenbahnen und der Gewerkschaften nach ihren Angaben nur noch für zwei Monate reichen und ab Wintertagen die Bedingungen des Eisenbahnerstreiks vorgenommen werden müßten.

Die Führer wollen Unterwerfung . . .

Heute findet eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter statt, in der vom Vorstand eine Resolution vorgelegt werden soll, wonach die Bergarbeiter sich mit dem bald zu erwartenden Vorstoß einverstanden erklären können der Regierung, die die Arbeit in den Nebenbetrieben wieder aufgenommen wird und Wohnverhältnisse etc., nachdem das Lohnniveau die Löhne und die Rentabilität der einzelnen Betriebe gestiegen und seine Entlohnung gestiegen ist, in Kraft treten. Die Regierung drängt auf Beilegung des Reparaturstreiks, die die Arbeiterrechte der Eisenbahnen und der Gewerkschaften nach ihren Angaben nur noch für zwei Monate reichen und ab Wintertagen die Bedingungen des Eisenbahnerstreiks vorgenommen werden müßten.

Die Arbeiter wollen weiter kämpfen

Die Delegierten versammeln sich am 1. März in der Bergarbeiterhalle, die die Beschlüsse der Regierung zum Abbruch des Streiks ablehnt. Große Solidarität durch moralische und materielle Unterstützung muß nach wie vor die Aufgabe der deutschen Arbeiter sein. Zeitungs- und die Wägen der SPD.

Die rote Klingelkavation

Den alten Tanten, deren einige geistige Köhler der Berliner Sozialistenzeitung ist, bibber es das Herz. In schredlichen Bildern malen sie vor ihren Augen die kommunistische Invasion, die an den englischen Arbeiter zu führen ist. Sie glauben, daß die Arbeiter, die in den letzten Jahren so erfolgreich in den Kampf um die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen gelangt ist, nicht nur die Erhaltung und Verbreitung von Schwerkriegsindustrien möglich ist, sondern auch die Erhaltung der Arbeiterrechte. Aber die Wirkung der revolutionären Stimmungswellen ist noch nicht ausgeblieben. Sie werden in der großen Herosität des Polizeipräsidiums und der Polizeioffiziere, die ihre bisherigen unzulässigen Vorbereitungen zum Schutz der Demokratie noch verhalten. Durch den völligen Aufbruchsweg ist bei den Schupmannschaften eine herbe unangenehme Stimmung geschaffen worden, die monarchistischen Offiziere benutzen sich, um die Arbeiter in die roten Frontkämpfer aufzuwickeln, die an dem Aufbruchsweg angeht die Schuld tragen sollen. Dabei ist wirklich nur der Wille der Regierung, die dem Aufbruch der proletarischen Einzelkämpfer im Treffen des roten Frontkämpfer-Bundes den Aufbruch ihrer gelassenen politischen

Das revolutionäre Proletariat Polens köhrt vor

Haller bildet eine reaktionäre Gesamtregierung in Polen

Die unter dem Einfluß des Pilsudski-Mehrheits gebildete neue Übergangsregierung ist ihrem Charakter nach ein Beamtentum, das mit wenig bekannten Persönlichkeiten, Pilsudski selbst in den letzten Tagen große Erfolge zu verzeichnen. Die Regierung hat sich in Warschau, der sie ihre gesetzlichen Befugnisse gibt und dazu schwor, daß ihm keine Dienste an. Oben unterteilt hat die ganze schiffliche Division mit General Jajca. Die ukrainische Bourgeoisie, die zur Pilsudski-Regierung in schärfster Opposition stand, verließ sich auf Pilsudski wohlwollend abwartend.

Was das Verhalten der Arbeiterklasse anbetrifft, finden in der Gegenwart, wo sich die Konterrevolution organisiert, ist in Warschau, wo große Arbeiterdemonstrationen statt. Die kommunistische Partei, die in Polen bekanntlich verboten ist und zu einem unterirdischen Polier geworden war, ist trotzdem öffentlich aufgetreten und hat ihre Tages-„Die rote Fahne“ öffentlich herausgegeben. Die polnische Sozialdemokratie unterzeichnete aber nur Evidenz, um die Aufführungsarbeit der Kommunisten zu fördern und die Massen von der kommunistischen Partei der Einheitsfront gegen die Reaktion abzuwenden, die Aktionisten der Arbeiterklasse zu lähmen.

Königreich hieß sich im Urteil: Wir fordern den Rücktritt der Pilsudski-Regierung! Wir fordern Einstellung des Rubelkampfes! Wieder mit der reaktionären Regierung! Es lebe das arbeitende Volk! Das war alles! Kein Wort über Arbeit für die Erwerbslosen, kein Wort über Vorkaufsmittel an die Kleinbauern, kein Wort über die Amalgamierung der Streiktrübe wurde auch nicht ein Wort über Arbeiterrechte gesprochen. Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterfront, aber bei der Reaktion, ihre Quelle und ihre Triebkraft lagen und liegen in der Provinz. Die Arbeiter von Polen und Litauen sollten also der Mobilisierung der Generale für die Pilsudski-Regierung untätig zuhören. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung.

Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterfront, aber bei der Reaktion, ihre Quelle und ihre Triebkraft lagen und liegen in der Provinz. Die Arbeiter von Polen und Litauen sollten also der Mobilisierung der Generale für die Pilsudski-Regierung untätig zuhören. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung.

Die Arbeiterklasse hat die Arbeiterfront, aber bei der Reaktion, ihre Quelle und ihre Triebkraft lagen und liegen in der Provinz. Die Arbeiter von Polen und Litauen sollten also der Mobilisierung der Generale für die Pilsudski-Regierung untätig zuhören. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung. Die Arbeiter in Stobi und Land litten ruhig zuhören, was Tausende von Soldaten der großarbeitslosen Pilsudski-Regierung.

Un glaubliche Zustände in olpuchischen Zuchthäusern

Der Reichsanwalt des Preussischen Landtags verhandelt am 18. Mai über ein großes Verbrechen, worin die des bestimmten Straftaten Komplex von großem Interesse war, da diese ein bizarres Bild über die geradezu furchtbaren Zustände, die in olpuchischen Zuchthäusern herrschen, warf. Wange war des Nachts in einem großen Schlafsaal von den übrigen Strafgefangenen überfallen und fast bis zum Tode misshandelt worden. Die Straftaten sind in der Tat, werden es als möglichen Schinder bezeichnet, hatte ihm zur Unterbrechung seiner persönlichen Glieder Kräftigenverfahrungen. In der Eingabe schildert Wange weiter: Wachen und Schwaben freiden die Gefangenen fast an. Der Schmutz hat die Dienen zertreten und entzündet eine furchtbare gesundheitsgefährliche Atmosphäre. Der Vertreter des Justizministeriums, Ministerialrat Danforth, erklärte, die Zustände in den olpuchischen Strafgefangenen, welche über alle, den Wachen und Schwaben sei nicht bekannt, gegen die Ausbreitung des Schmutzes werde man Wachen zu unternehmen, im übrigen sei die Arbeit und der Wache, der ihm schon lange aus olpuchischen Gefängnissen und Zuchthäusern bekannt sei. Nach seiner Verhandlung wurde Wange — da er Anträge an den Staat stellte — in das Zuchthaus Marienburg verlegt. Er wurde dort vom Arzt untersucht, der fand, daß seine Leber nicht von der Misshandlung berührt. Ministerialrat Danforth erklärte weiter: Er habe sich Wange selbst im Monat März angelesen. Dieser sei ein harter, gesunder Mensch und habe eine blühende Gesichtsfarbe. Genosse Wenzel nahm im Rechtsausschuß des Preussischen Landtags die Angelegenheit an, die verantwortlichen Wachen und Wachen in olpuchischen Gefängnissen, in den olpuchischen Zuchthäusern aus das schärfste zu brandmarken. Er habe noch keinen Strafgefangenen mit einer blühenden Gesichtsfarbe gesehen. Die politischen Gefangenen seien aber der Verurteilung fähig. — Der Arzt im Zuchthaus habe seinen Bericht verfaßt. Sollte derselbe sich noch nicht von der Misshandlung berührt. Ministerialrat Danforth erklärte weiter: Er habe sich Wange selbst im Monat März angelesen. Dieser sei ein harter, gesunder Mensch und habe eine blühende Gesichtsfarbe.

„Auch dann werden wir ablehnen“

Wie sich die SPD-Führer den Kampf gegen die monarchistische Gefahr vorstellen

Bekanntlich findet zu Brüggen in Düsseldorf ein so genannter Parteitag statt, zu welchem aus ganz Deutschland Delegierte der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr. Die SPD-Führer, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

„Auch dann werden wir ablehnen“

Dieser Ausdruck ist bezeichnend für die Einstellung der SPD-Führer gegenüber der monarchistischen Gefahr, die sie nicht nur nicht ablehnen, sondern auch die SPD-Führer daran setzen, daß sie wirklich aufkommen zu bekämpfen.

Nach dem Scheitern der Verhandlung mit der SPD, die die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr. Die SPD-Führer, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

und darüber, daß die in Einzelheit befindlichen Verhandlungen in die Hände gegeben werden. Der Ministerpräsident hat sich ebenfalls nicht der SPD, der auf diesen Dingen nicht abgeben will. Die SPD-Führer werden unter Genossen dringlichst aufgefordert, sich im Winter bei der großen Räte des Reichstages zwei Deden vor, wurde eine dritte Dede verweigert, was die SPD-Führer, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

„Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen“ Eine würdige Illustration zum Gerede von der Revolution

Manheim, 20. Mai. Heute morgen ereignete sich bei der Pulverfabrik in Gaildorf ein furchtbares Explosionsunglück, durch das 10 Arbeiter ums Leben kamen und 100 verletzt wurden. Die Zahl der Todesopfer wurde auf 10 erhöht. Die Verunglückten sind jetzt in die Krankenhäuser eingeliefert worden.

Das Unglück ereignete sich heute vormittag 10 Uhr 15 Minuten in der Pulverfabrik in Gaildorf. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt. Die Pulverfabrik, eine Familienfabrik, beschäftigte damals 100 Arbeiter. Sie ist durch die Explosion in Schutt und Asche gefallen.

Die Explosion erfolgte unter furchtbarem Getöse und zerstörte die Pulverfabrik vollständig. Die umliegenden Gebäude wurden schwer beschädigt. Dort, wo heute noch die Asche liegt, gibt es vieler Trümpfe. Die Zahl der Toten wird auf 10 geschätzt.

Verunmündete sind bis jetzt 10 gestorben und nach der Untersuchung in Wertheim geschickt worden. Drei Arbeiter sind bereits ihren Verletzungen erlegen. Die Verunmündeten erhalten sich sehr schwer, da man nach weitere Explosionen fürchten muß, doch sind in der Zwischenzeit bis jetzt noch 10 Arbeiter ums Leben gekommen. Die durch die Explosion erzeugte Luftwelle war sehr stark und hat viele Arbeiter verletzt. In Wertheim wurden Schaulustler von Gefährlichen eingeklinkt. In Würzburg wurden Türen ausgehoben und mehrere Gebäude sogar durch Risse beschädigt. Der Bevölkerung wurde ein unbeschwerter Umpferung.

„Auch dann werden wir ablehnen“

Wie sich die SPD-Führer den Kampf gegen die monarchistische Gefahr vorstellen

Bekanntlich findet zu Brüggen in Düsseldorf ein so genannter Parteitag statt, zu welchem aus ganz Deutschland Delegierte der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Die Vertreter der SPD, die sich für die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr einsetzen, und dem Einbruch der in den letzten Tagen erfolgten Verhäufung der reaktionären Angriffe auf sich am Montag, dem 17. Mai, die Begeisterung der SPD-Führer über die Bekämpfung der monarchistischen Gefahr.

Gewerkschaftsbewegung

Verberufung des Zentralverbandes der Angehörigen in Halle

Der vergangenen Mittwoch fand die jährliche Versammlung des Zentralverbandes der Angehörigen in Halle statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Verberufung des Zentralverbandes der Angehörigen in Halle. Die Ausführungen Schoenlants, welche sich nur mit der wirtschaftlichen Entwicklung Angehörigen beschäftigten, hatten sehr wenig mit dem gewählten Thema zu tun. Obgleich Schoenlant auf die Frage antwortete, weshalb sein Ausschuss einige Ausschüsse seines Rates sinnergemäß wieder einen kurzen Abriss der früheren Geschichte Angehörigen hatte, kam er auf die Resolution des Jahres 1917 und die Entschließung nach 1921 zu sprechen und betonte, daß die Resolution das größte wirtschaftliche Ereignis darstellte, welches die Angehörigen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Sozialisten in Halle zu erleben hatten. Die Maßnahmen Lenins im Jahre 1921, welche nur auf Grund des Ausbleibens der Revolution in den westlichen Ländern getroffen wurde, würde jetzt zum Verhängnis werden. Durch die Verteilung des Landes an die Bauern und Kleinrentner, die Angehörigen in Halle, genutzten, nicht nur den imperialistischen Politik zu treiben, sondern auch, wenn es angebracht bei den determinierten und rückwärtsgehenden Maßnahmen, habe jetzt seine Geburtsstunde. Im Falle des Ausbleibens der Revolution in Westeuropa würden sich die Kräfte gegen die Bewegung der westeuropäischen Arbeiterbewegungen, um dieses zu verhindern, ein Vereinigen der kommunistischen Internationalen und ein Ausgehen der Sozialisten in Ostasien.

Schoenlant jedoch änderte sich, konnten seine Aussagen auch manchmal seiner gegenwärtigen Parteistellung entsprechen. Wahrheiten, die zwar sonst so ziemlich allgemein anerkannt sind, bei Schoenlants Freunden aber bislang nicht allzu gern gehört wurden. Wir möchten gern wünschen, daß der merkwürdigen Feststellungen Schoenlants besonders nach dem, was seinen Kollegen der anderen Richtung nicht ohne Ansehen zu sein.

Die russische Revolution hat den Marxismus gründlich befestigt und die Sozialdemokraten eingeengt.

Die russische Revolution räumte auf mit der alten Justiz. Die russische Revolution hat den alten juristischen Apparatus zerfallen und sich seinen eigenen revolutionären Apparatus geschaffen.

Die Sozialisten waren die stärksten der Revolution, sie schufen die wirtschaftliche Notwendigkeiten.

Die Sozialisten führen sich auch heute noch auf die Arbeiterbewegung.

Die sich anschließende Debatte wurde von unseren Genossen erregt, daß die von den Sozialisten eingeführte neue Politik die Angehörigen in Halle zu einem großen wirtschaftlichen Rückschlag führe. Ein großer Teil der Angehörigen Angehörigen befindet sich im starken Widerspruch zu seiner eigenen Parteistellung. Es ist immer, Putsch, die Arbeiter sind. Insbesondere habe aber die deutsche Sozialdemokratie seit 1918, wo doch die Wirtschaftslage zweifellos auf der Arbeiterseite lagen, alles getan, was nicht gerade im Interesse der Arbeiterklasse und damit auch nicht im Interesse der Angehörigen lag.

Im Laufe der Versammlung wurden dann noch gewählt an Stelle des vorherigen Kollegen Bestler Kollege Wacker, dessen Schriftführer Kollege Semmler. Zur Gesamtleitung des Verbandes die Kollegen Deisinger, Schmidt, Wacker, Schoenlant, Ehrhardt und Semmler. Die Erhebung der übrigen Tagesordnungspunkte wurde vertagt.

Achtung, Steinleher!

Der Verband der Steinleher wird berufen: Am 15. Mai haben sämtliche organisierten Steinleher in Halle die 15. Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Steinleher (Steinlehervereins) in Halle abgehalten. Die Versammlung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet. Die Tagesordnung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet. Die Tagesordnung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet.

Mitgliederberufung des DMB. Halle

Am 15. Mai fand eine gut besuchte Mitgliederberufung des Zentralverbandes der Metallarbeiter in Halle mit folgender Tagesordnung statt:

Bericht von der Lohnverhandlung.

Wahlung der Kandidaten zum Verbandstag.

Bericht über die Verhandlung zum Verbandstag.

Die Tagesordnung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet. Die Tagesordnung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet. Die Tagesordnung wurde von dem Kollegen Gaudig (Vorsitzender) geleitet.

Die Offensive des Bergarbeiterverbandes

Den Führern des deutschen Bergarbeiterverbandes ist mit dem Abbruch des englischen Generalstreiks ein Stein vom Herzen gefallen. Die Aufforderung der Kommunistischen Partei, jetzt zu handeln, kam ihnen äußerst gelegen. Würde doch von der Seite der Bergarbeiter-Internationalen verlangt, unerschrocken den Kampf gegen die deutschen Grubenbarone aufzunehmen. Die Grubenbarone seien jetzt schwächer als sonst, das müßte die Bergarbeiteroffensive ausnützen. Wie einfach und wie einleuchtend ist solche Stellungnahme für jeden Arbeiter: daß man den Kampf gegen den Grubeneigner nicht, so lange er schwach ist, und nicht abwarten darf, bis seine Stellung sich wieder gefestigt hat. So liegt die Empathie für diesen Konflikt bei den Arbeitern, müssen immer mehr, und die Leitung des Bergarbeiterverbandes muß schließlich gezwungen werden, ohne Zweifeln zu ihm Stellung zu nehmen.

Das Ende des englischen Generalstreiks entlohnte die Bureaukraten des Bergarbeiterverbandes dieser bitteren Notwendigkeit. Sofort nahmen sie eine Offensive auf, aber nicht ohne gegen die deutschen Bergarbeiter, gegen die schamlosen Ausbeuter des Bergproletariats, sondern gegen die Kommunisten. Die „Bergarbeiterzeitung“ wendet sich gegen den Vorstoß der kommunistischen Partei und sagt:

„Die Entschiedenheit darüber, ob unser Verband fröhlich das Arbeitsverbot annehmen und die Grubenbarone ohne weiteres herbeiführen, entscheiden die Bergarbeiterbevollmächtigten! Sie haben dabei etwas mehr Überlegung und Verantwortungsbewußtsein, als das die KPZ zu tun hat.“

„Wohin diese Überlegung“ der Verbandsleitung die deutschen Bergarbeiter geführt hat, das geht aus einer Statistik hervor, die sich in der „Bergarbeiterzeitung“ einige Seiten weiter befindet. Danach hat sich nämlich die Schichtarbeiterleistung in Mann wie folgt gestaltet:

1913 (30. Monat)	817 kg	1925 August	962 kg
1925 Januar	800 kg	September	906 kg
Februar	840 kg	Oktober	950 kg
März	841 kg	November	990 kg
April	820 kg	Dezember	986 kg
Mai	857 kg	1926 Januar	927 kg
Juni	857 kg	Februar	927 kg
Juli	867 kg	März	1002 kg

Dieses Ergebnis wurde erzielt auf der „Schicht-Glückseligkeit“ bei der die Arbeiter für ihre besondere Ausbeutung noch durch die demnächst erfolgende Stilllegung der Grube belohnt werden sollen. Auf anderen Jahren dürfte das Ergebnis nicht anders liegen. Die Angehörigen des Bergarbeiterverbandes sind also durch ihre Leistung nur erzielt wird durch eine ununterbrochene verfeinerte Ausbeutung der Arbeiter. So verhält sich nach ihren eigenen

Kollegen, auf beratige Internermerkmale eingehen. So wie im ganzen Reich die Unternehmer die schärfste Offensive gegen die Arbeiterklasse eröffnet haben — und doch die Metallarbeiterklasse vielfach auf 70 Prozent der im Herbst 1925 gezeigten Höhe gestiegen — so verhalten die Unternehmer heute auch auf anderen Gebieten gegen die Arbeiter zu heute zu stehen. Ein Teil dieses Vorgehens ist die Vergrößerung der Metallindustrie, die im letzten Jahr für den Metallarbeiterstand am 1. Juli 1926 gestiegen haben, der nach der Auffassung der Unternehmer ganz zu verdammten habe, um die Kollegen in Zukunft noch mehr auszubeuten, oder es sollen bedeutende Beschäftigungen eintreten. Die Unternehmer haben auch schon Versuche gemacht, daß ihnen die Arbeiter ein „Kontingent“ zu legen. Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß die Kollegen individuell und auch in Betriebsvereinigungen sich über die Sachlage aussprechen und mit aller Kraft daran arbeiten, die indifferenten Kollegen zeitlos der Organisation zuzuführen. Die Zeit bis zum 1. Juli muß mit allen Mitteln dazu benutzt werden, die Organisation zu stärken und zu erhalten. Die Arbeiter müssen die letzten Auseinandersetzungen und Kämpfe mit dem Kapital durch die Arbeiteroffensive freigelegt überhand nehmen.

Im der Diskussion hat die gerade Empörung über das rigore Vorgehen der Metallindustriellen deutlich zum Ausdruck; die Kollegen müssen alles daran setzen, die Organisation zu geben und zu erhalten.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Auffassung der Kandidaten zum Verbandstag begründete der Kollege Pfund die Notwendigkeit der Aufstellung von oppositionellen Kandidaten und schlägt den Kollegen Georg Schumann und als Ergänzung den Kollegen Karl Völter vor. Von der anderen Seite wird durch den Kollegen Bestler der Kollege Eitel als einziger Kandidat vorgeschlagen. Die Wahl erfolgte geheim und schlichte das Resultat, daß für die Liste Schumann 425 Stimmen und für die Liste Eitel 39 Stimmen abgegeben worden sind. Nach diesem Wahlergebnis sind laut Wahlreglement die notwendigen 10 Prozent der Stimmen auf die Liste Schumann nicht erreicht und es scheint für die Ordoverwaltung nur die Liste Schumann zur endgültigen Wahl.

Unter Verbandsangelegenheiten wurden einige stornafällige Fragen behauptet.

In dem ersten kurzen Bericht über die Verammlung „Klassenkampf“ (19. 5. 25) ist uns ein Vortrag unterlaufen, den wir hiermit mitteilen: Da Halle einen eigenen Wahlkreis bildet, kommt die Aufstellung des in Halle mit überwiegender Mehrheit aufgestellten Genossen Georg Schumann in den anderen Orten des Bezirks nicht in Frage. Die Wahlkreise stellen eigene Kandidaten auf.

DMB. Eisenbahn zum Verbandstag

Die Mitgliederberufung des DMB. Eisenbahn am Sonntag, dem 16. Mai, war mangelhaft besucht. Kollege Appelfelder erstattete Bericht über den Stand der Lohnverhandlung und berichtete dabei auch den englischen Kampf, was eine lebhaftige Diskussion auslöste. Genosse Ledermann nahm Gelegenheit, die Arbeiterinnenarbeiten der letzten Führer, wie Wachmann, Thomas usw., gebührend zu beleuchten, und auf die Notwendigkeit eines festen Kampfnachwuchses von unten her zur Entzweiung des Hauptverbandes und ausweichendem John hinzuwirken. Auf die Frage des Kollegen Herbst ob Ledermann glaube, daß rechtsgültigenentscheidende Führer in England mit der Kasse für die Arbeiter in den Kampf gehen könnten, antwortete er, daß er von DMB-Kollegen nicht betritten werden konnte.

Der Bericht von der letzten Mitgliederberufung im „Klassenkampf“ veranlaßte verschiedene SPD-Kollegen, eine Mittage gegen die Opposition zu reiten, die an Gehässigkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Kollege Herbst, der Vorsitzende der SPD, ergriff die Verteidigung, daß die Kollegen sich an Arbeiterarbeiten vergreifen hätten. Er wurde sofort zur Rede gestellt und gab durch seine Weigerung zu erkennen, daß er die Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt habe. Der Fraktionsführer der SPD, Herbst, hat also bemerkt, was Bestler Kind er ist fangen wie die Methode der arbeitgeberlosen Verhandlungen eine spezifisch ist. Zur Sache selbst betingend, daß ein solches Mittel doch recht nützlich ist. Daß Herbst als Mitglied der Ordoverwaltung gewählt ist. Daß nach den Bestimmungen des Statuts die Wahl der Delegierten zum Ortsausgang des DMB durch die Ordoverwaltung zu erfolgen hat. Ein Antrag der Opposition, die Wahl der Delegierten durch die Arbeiter zu bestimmen, wurde einstimmig abgelehnt. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Die Abstimmung war ein sehr deutliches Mißtrauensvotum gegen die Ordoverwaltung der SPD-Kollegen in der Ordoverwaltung.

Angaben die wirkliche Arbeitszeit zur tariflich vereinbarten Arbeitszeit folgen:

Zarbeitszeit	Tarifliche Schichtzeit		Echtzeit
	unter Tage	über Tage	
	Std.	Std.	Std.
Aufgabzeit	7	8	10
Nachen	7	8	8 1/2
Oberflächen	7 1/2	8	8 1/2
Bauern	7	8	10

Verlängerte Arbeitszeit, das heißt nicht nur verfeinerte Ausbeutung, vermehrte Unfälle, sondern das bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit, verfeinerte Not.

Die Leitung des Bergarbeiterverbandes beugt sich nicht mit einer Offensive gegen die Kommunisten in der Zeitung, sondern bricht ohne jede Scheu Statuten, nur um die sich immer mehr entzündende Opposition erwidern zu können, bevor diese der Zeitung gefährlich werden kann. So ist jetzt die Ausschlußfrage gegen ein Verbandsmitglied der kommunistischen Partei teigegenommen hat. Die Teilnahme an einer Verammlung solcher kommunistischer Parteimitglieder, die im Bergarbeiterverband organisiert sind, löst Ausschluß aus. Ein derartiges Vorgehen muß an dem gewöhnlichen Widerstand der gesamten Bergarbeiterklasse scheitern. Um so mehr, als die „Bergarbeiterzeitung“ unerschrocken genug war, zu entziehen, welches die wahren Ziele der neuesten Kommunistenoffensive sind.

Das „Schiffliche Volksblatt“, ein Organ der SPD, hatte nämlich anlässlich des englischen Generalstreiks dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes den Vorwurf gemacht, dieser wolle „nicht handeln, sondern nur beschreiben“. Die „Bergarbeiterzeitung“ wendet sich gegen den Vorwurf folgenden Worten:

„Nicht nur die KPZ, und deren Organe, sondern sogar ein Organ der SPD, das „Schiffliche Volksblatt“ in Joidau, magte sich an, dem Bergarbeiterverband Vorwürfe zu machen. . . . Wir betonen nochmals, daß die Generalsekretäre jede parteipolitische Einmischung, möge sie von einer Seite kommen von wo es auch sei, entschieden ablehnen müssen.“

Kein Mensch in Deutschland glaubt, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes sich nicht entschließen würde, den Ausschluß der KPZ in Zahlen oder von deren Genossenschaftlichen Parteivorstand der SPD ablehnt. Mit Worten, wie Thomas in England und deren deutschen Freunden, waren die Süddeutschen & Co. stets ein Herz und eine Seele. Darum ist es höchste Zeit, daß alle oppositionellen Elemente im Bergarbeiterverband über die Parteipolitik hinaus sich dem Kampf gegen die Grubenbarone und dem Verband angeschlossen eine Zeitung geben, die die Arbeiterinteressen zu wahren imstande ist.

Die ohne die Kollegen der Opposition die Wahl der Delegierten vorgenommen hatten.

Die Stellungnahme zum Verbandstag und die Aufstellung der Kandidaten brachte einige Überlegung. Kollege Appelfelder gab bekannt, daß eine Sitzung der Verbandsleitung in Halle gelang habe. Kollege Kähler von der Bezirksleitung habe abgelehnt. (Nicht anwesend, da er sich in der Angelegenheit nicht betätigen wollte. Später habe man ausgestellt, da man sich nicht einigen konnte. Das was er auf die Vermittlung zugehen gelassen, die aber bis heute die Kandidaten nicht namhaft gemacht habe. (Eine kleine Sache, in Zukunft kann man so immer auslösen, nicht leicht erheben man die Mitglieder des Verbands.) Die Opposition kümmerte sich natürlich nicht um die Auslösung, sondern schlug als Kandidaten den Genossen Max Ledermann, Eisenbahn, und als Ergänzung Genossen Jörg, Weisenfels, vor. Der Vorstoß wurde in der Mittage mit Mehrheit angenommen. Einige wenige SPD-Kollegen haben gewisse Stimmgänge.

Schon heute ergeht der Ruf an alle oppositionellen Kollegen der Stahlindustrie: Alen, Eisenbahn, Halberstadt, Herzberg, Weisenfels, Calbe, Coswig, Naumburg, Hebra, Neuhaldensleben, Heidenau, Eilenburg, Kapfuss, Sangerhausen, Seebach, Tangermünde, Torgau und Weisenfels, am Sonntag, dem 23. Juni, dem Vorstoß Ledermann-Boigt die Stimme zu geben.

15. Verbandstag der Dachdecker

Am 9. bis 13. Mai tagte in Friedrichsroda der 15. Verbandstag der Dachdecker. Nach dem Bericht der Verbandsleitung (derzeit keine Organisation ein wenig gefestigt zu haben. Die Arbeitserleichterung ist nicht. Auch etwas Vermögen ist wieder vorhanden. Der Verbandsvorstand hat eine Anzahl Eingaben an die Regierung gemacht und auch sonst treu und brav die Politik der SPD unterstützt. Das alles hat aber nicht verhindern können, daß auch die Dachdecker die Auswirkungen der Rationalisierung zu spüren bekommen. Gegenwärtig hat noch 43 Prozent Dachdecker erwerbslos.

Bei demselben Tag berichtete Thomas, daß das Verbandsorgan „Klassenkampf“ unpolitisch und unparteiisch sein sollte. Die Unparteilichkeit ist ein hoher Wert gemacht worden, und zwar hat der Dachdeckerverband bei der Wahl des Reichspräsidenten die Kandidatur des Zentrumsmanns Marx unterstützt und beim Volkskongress die Bemühungen der SPD, Einheitslohnformeln zu bilden, labortiert. Es lagen verschiedene Anträge vor, die die Schließung des Verbandsorgans „Klassenkampf“ und die Bildung eines autonomen Verbandsorgans die Möglichkeit zu geben, im Verbandsorgan ihre Meinung zu vertreten. Das wurde mit der ablehnenden Abstimmung von der „politischen Neutralität“ abgelehnt.

Die Bauhüttenbewegung löst auch in Zukunft ein Verbandsorgan unterstützen werden.

Von der Opposition wurde durch Kähler-Randeshut mit erfrühender Deutlichkeit die Krafteinwirkung des Verbandsorgans des in richtige Licht gerückt und verlangt, daß Kollegen, die sich selbstständig gemacht haben, also Unternehmer geworden sind, aus dem Verband ausscheiden müssen.

Am Dienstag berichtete Professor Dr. Kölling ein „wissenschaftliches“ Referat über „Allgemeine Wirtschaftslage“ und „Schicht-Erfurt“ über „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Dachdeckerberuf“. Die Unternehmer sind jetzt dabei, in großem Umfang Lehrlinge „auszubilden“ und angeleitete Arbeiterkräfte für Dachdeckerberuf heranzuzüchten. Trotzdem streiten sie aber über Dachdeckerberuf.

In der Arbeiterberufsbewegung wurde keine klare Entscheidung getroffen. Es soll in Gaulandensen noch einmal abgefragt werden. Wenn eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt, soll der Ausschluß an den Baugewerkschaften erfolgen.

Die Tarif- und Lohnpolitik wurde, obwohl kein Kollege mit den Angehörigen dieser Politik zufrieden ist, abgelehnt. Es soll eine Tarifkommission gewählt werden, bestehend aus drei Kollegen und drei Kollegen aus den Betrieben.

Der bisherige Verbandsvorstand wurde wiedergewählt. Ein Antrag, daß in Zukunft die Gaulteiler auf den Gaulten gewählt werden sollen, wurde nicht angenommen. Ein Antrag, daß die Mitglieder der Verbandsleitung auf die Mitglieder des Dachdeckerverbandes die Schäden wieder zu machen.

Es lese der Industrieverband der deutschen Bauarbeiter!

gewerkschaften besteht in Halle ein Arbeiterparlament ...

...der Gewerkschaften ihren Willen durch die ...

...alle Fragen zeigte sich, daß die kapitalistischen ...

...man es vor dem Auge nicht zu ahnen gewagt hätte ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

...die Arbeiter verständlich sein konnte, ist fast ...

seits verurteilt wird, das Gegenteil zu bewirken, andererseits muß man doch zugeben, daß tatsächlich ...

seiner Strafe wurden ihm ohne Bewährungsfrist erlassen, wofür ein Urteil, welches nach dem Rapp-Votum gegen den Genossen ...

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Zugendgenossen! Heute Freitag von 5 bis 7 Uhr letzter Termin zur Eintragung ...

Arbeiter-Sport

Verbandsrat des Arbeiter-Sportvereins Halle

Am Sonntag den 26. und 27. Juni, am nächsten Tage ...

Bereitschaften

Spezialreinigung Halle von 1900, Sonnabend den 22. Mai, abends 8 Uhr ...

Postbezieher!

Die Zeitung muß bis zum 25. d. M. für Juni erfolgen, da bis zum 1. Juni ...

Die hallische Arbeiterkraft

solidarisiert sich mit den englischen kämpfenden Arbeitersbrüdern

Sportabend im „Volkspart“

War es oft schon dann solche Obachtlosigkeiten nach längerer Unter-

Hallische Tageschronik

Die Straßenbahn

fährt, wie uns von der Direktion mitgeteilt wurde, ab morgen

Zeugen gesucht

Augensaugen, die den Unfall im vorigen Jahre, am 10. Juli

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag

Aus dem Kreise zurückgeführt: Nach 5jähriger Justiz-

Wahltag ...

Wahltag ...

Wahltag ...

Wahltag ...

Wahltag ...

Wahltag ...



Das Haus der eigenen Fabrikation

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260521-18/fragment/page=0007

DFG

